

Kolpingstadt Kerpen
- Untere Bauaufsichtsbehörde -
Jahnplatz 1
50171 Kerpen

Eingangsvermerk

Antrag auf Abgeschlossenheitsbescheinigung

(gem. § 7 Abs. 4 und § 32 Abs. 2 des Wohnungseigentumsgesetzes)

zur Bildung von

- Wohnungseigentum/Teileigentum Dauerwohnrecht
 als Sondereigentum

Antragstellerin/Antragsteller (Grundstückseigentümer oder Erbbauberechtigte/r)

| | | |
|-----------------------|-----|-------|
| Name, Vorname | | |
| Straße, Hausnummer | | |
| PLZ, Ort | | |
| Telefon (mit Vorwahl) | Fax | Email |

Bevollmächtigte/r

| | | |
|-----------------------|-----|-------|
| Name, Vorname, Firma | | |
| Straße, Hausnummer | | |
| PLZ, Ort | | |
| Telefon (mit Vorwahl) | Fax | Email |

Grundstücksangaben

| | | |
|--|----------|----------------------------|
| Ort, Straße, Hausnummer | | |
| Gemarkung(en) | Flur(en) | Flurstück(e) |
| Eigentümer/in | | |
| Grundbuch von: | | Blatt-Nr.: |
| Anzahl Wohneinheiten: | | Anzahl sonstige Einheiten: |
| Objekt: <input type="checkbox"/> bestehend <input type="checkbox"/> noch zu errichten <input type="checkbox"/> _____ | | |
| Die Abgeschlossenheitsbescheinigung wird in _____-facher Ausfertigung beantragt | | |
| Falls vorhanden, Aktenzeichen der Baugenehmigungsakte: | | |

Mir ist bekannt, dass die Bauaufsichtsbehörde den Antrag zurückweisen wird, wenn die Antragsunterlagen unvollständig sind oder erhebliche Mängel aufweisen!

| | |
|------------|--|
| Ort, Datum | Unterschrift Antragstellerin/Antragsteller |
| Ort, Datum | Unterschrift Bevollmächtigte/r |

Allgemeine Hinweise siehe Rückseite!

Allgemeine Verwaltungsvorschrift für die Ausstellung von Bescheinigungen gem. § 7 Abs. 4 Nr. 2 und § 32 Abs. 2 Nr. 2 des Wohnungseigentumsgesetzes vom 19.03.1974

Aufgrund des Art. 84 Abs. 2 des Grundgesetzes werden mit Zustimmung des Bundesrates folgende Richtlinien für die Baubehörden über die Bescheinigung gem. § 7 Abs. 4 Nr. 2 bzw. § 32 Abs. 2 Nr. 2 des Wohnungseigentumsgesetzes (WEG) vom 15.03.1951 (Bundesgesetzblatt I, S. 175, 209) in der zurzeit geltenden Fassung erlassen:

1. Die Bescheinigung darüber, dass eine Wohnung oder nicht zu Wohnzwecken dienenden Räume in sich abgeschlossen im Sinne des § 3 Abs. 2 bzw. § 32 Abs. 1 des WEG sind, wird auf Antrag des Grundstückseigentümers oder Erbbauberechtigten durch die Bauaufsichtsbehörde erteilt, die für die bauaufsichtliche Erlaubnis (Baugenehmigung) und die bauaufsichtlichen Abnahmen zuständig ist, soweit die zuständige oberste Landesbehörde nicht etwas anderes bestimmt.

2. Dem Antrag ist eine Bauzeichnung in mind. zweifacher Ausfertigung im Maßstab 1:100 beizufügen; sie muss bei bestehenden Gebäuden eine Baubestandszeichnung sein und bei zu errichtenden Gebäuden den bauaufsichtlichen Vorschriften entsprechen. Die erforderliche und sinnvolle Anzahl der Abgeschlossenheitsbescheinigungen sollte mit einem Notar/einer Notarin abgestimmt werden.

3. Aus der Bauzeichnung müssen die Wohnungen, auf die sich das Wohnungseigentum, Wohnungserbbaurecht oder Dauerwohnrecht beziehen soll, oder die nicht zu Wohnzwecken dienenden Räume, auf die sich das Teileigentum, Teilerbbaurecht oder Dauernutzungsrecht beziehen soll, ersichtlich sein. Dabei sind alle zu demselben Wohnungseigentum, Teileigentum, Wohnungserbbaurecht, Teilerbbaurecht, Dauerwohnrecht oder Dauernutzungsrecht gehörenden Einzelräume in der Bauzeichnung mit der jeweils gleichen Nummer zu kennzeichnen.

4. Eine Wohnung ist die Summe der Räume, welche die Führung eines Haushaltes ermöglichen; dazu gehören stets eine Küche oder ein Raum mit Kochgelegenheit sowie Wasserversorgung, Abguss und WC. Die Eigenschaft als Wohnung geht nicht dadurch verloren, dass einzelne Räume vorübergehend oder dauernd zu beruflichen oder gewerblichen Zwecken benutzt werden. Räume, die zwar zu Wohnzwecken bestimmt sind, aber die genannten Voraussetzungen nicht erfüllen, können nicht als Wohnung im Sinne der o.a. Vorschriften angesehen werden. Der Unterschied zwischen „Wohnungen“ und „nicht zu Wohnzwecken dienende Räume“ ergibt sich aus der Zweckbestimmung der Räume. Nicht zu Wohnzwecken dienende Räume sind z. B. Läden, Werkstatträume, sonstige gewerbliche Räume, Praxisräume, Garagen und dergleichen.

5. Aus der Bauzeichnung muss weiter ersichtlich sein, dass die „Wohnungen“ oder „die nicht zu Wohnzwecken dienenden Räume“ in sich abgeschlossen sind

- a) Abgeschlossene Wohnungen sind solche Wohnungen, die baulich vollkommen von fremden Wohnungen und Räumen abgeschlossen sind, z. B. durch Wände und Decken, die den Anforderungen der Bauaufsichtsbehörden an Wohnungstrennwände und Wohnungstrenndecken entsprechen und einen eigenen abschließbaren Zugang unmittelbar vom Freien, von einem Treppenhaus oder einem Vorraum haben. Zu abgeschlossenen Wohnungen können zusätzliche Räume außerhalb des Wohnungsabschlusses gehören. Wasserversorgung, Abguss und WC müssen innerhalb der Wohnung liegen. Zusätzliche Räume, die außerhalb des Wohnungsabschlusses liegen, müssen verschließbar sein.
- b) Bau „nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumen“ gelten diese Erfordernisse sinngemäß.

6. Bei Garagenstellplätzen muss sich im Falle des § 3 Abs. 2 Satz 2 des Wohnungseigentumsgesetzes aus der Bauzeichnung, ggf. durch zusätzliche Beschriftung ergänzt, ergeben, wie die Flächen der Garagenstellplätze durch dauerhafte Markierungen ersichtlich sind. Als dauerhafte Markierungen kommen in Betracht

- a) Wände aus Stein oder Metall
- b) Fest verankerte Geländer oder Begrenzungseinrichtungen aus Stein oder Metall,
- c) Fest verankerte Begrenzungsschwellen aus Stein oder Metall,
- d) In den Fußboden eingelassene Markierungssteine,
- e) Andere Maßnahmen, die den Baumaßnahmen nach den Buchstaben a) bis d) zumindest gleichzusetzen sind.

7. Bei Vorliegen der Voraussetzungen der Nummern 1 bis 6 ist die Bescheinigung nach dem Muster der Anlage zu erteilen. Die Bescheinigung ist mit Unterschrift sowie Siegel oder Stempel zu versehen. Mit der Bescheinigung ist eine als Aufteilungsplan bezeichnete und mit Unterschrift sowie Siegel oder Stempel versehene Ausfertigung der Bauzeichnung zu erteilen.

8. Die Bescheinigung gem. Nr. 7 ist bei zu errichtenden Gebäuden nicht zu erteilen, wenn die Voraussetzungen für eine bauaufsichtliche Genehmigung des Bauvorhabens nach Maßgabe der eingereichten Bauzeichnungen nicht gegeben sind. Die Richtlinien treten am 1. Tag des auf die Veröffentlichung folgenden Monats in Kraft. Die Richtlinien des Bundesministers für Wohnungsbau vom 03.08.1951 für die Ausstellung von Bescheinigungen gem. § 7 Abs. 4 Nr. 2 und § 32 Abs. 2 Nr. 2 des Wohnungseigentumsgesetzes treten gleichzeitig außer Kraft

Weitere Hinweise:

Terrassen (auch überdacht), Einstellplätze, Carports auf dem Grundstück können nicht als abgeschlossene Räume im Sinne des WEG angesehen werden. Zu den Bauzeichnungen gehören auch Grundrisse der Spitzböden und Luftraumbereiche und die ggf. erforderliche Nummerierung. Unter dem Hintergrund einer Schwarz-weiß-Vervielfältigung der Bauzeichnungen sollte die farbige Markierung zusammengehörender Einheiten, Wohnungen oder Räume vermieden werden.